

**Rede
der Sprecherin für Kulturpolitik**

Hanna Naber, MdL

zu TOP Nr. 32

Erste Beratung

**Vielfalt des kulturellen Lebens in Niedersachsen
fördern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs. 18/2899

während der Plenarsitzung vom 28.02.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

das Oldenburgische Staatstheater hat kürzlich – wie über 300 Kultureinrichtungen und Aktive innerhalb der Kulturlandschaft in ganz Deutschland – den Aufruf der „Vielen“ mitinitiiert und unterzeichnet. In meiner Heimatregion Nord-West haben dies gleich über 50 Kulturinstitutionen getan.

Kulturschaffende setzen damit ein Zeichen für Toleranz, Vielfalt und Respekt gegen die wiederholten Angriffe von Rechtsaußen auf die Freiheit der Kunst und Kultur. Daraus ist eine bundesweite Kampagne geworden. Ich finde es – gerade auch im Hinblick darauf, dass wir als Abgeordnete gemeinsam darüber diskutieren, wie wir die Vielfalt des kulturellen Lebens in Niedersachsen fördern können – außerordentlich wichtig, die Erklärung der „Vielen“ hier zu thematisieren.

Das Manifest geht auf die deutsche Geschichte ein und unterstreicht damit unsere historische Verantwortung. Kunst wurde in Nazideutschland als „entartet“ verunglimpft und Kultur wurde flächendeckend zu Propagandazwecken missbraucht.

„Müssen sich Kultureinrichtungen, die staatlich gefördert sind, parteipolitisch neutral verhalten? Ich meine: nein“, sagte der Intendant des Friedrichstadt-Palastes, Berndt Schmidt, bei der Vorstellung der Initiative „DIE VIELEN“. Dass Extremisten demokratisch gewählt seien, sei – Zitat: „kein Persilschein“. Ich stimme ihm zu.

Die Kunst- und Kulturinstitutionen wehren sich mit ihrer Erklärung gegen eine Verrohung der Sprache, schikanöse Anfragen in Landesparlamenten und Stadträten sowie die Versuche, der Kultur die Mittel zu entziehen. Die Kultur braucht aber die Möglichkeit, anzuecken, Position zu beziehen und auch mal unbequem zu sein.

Gemäß Artikel 6 besitzt die Kulturförderung in Niedersachsen Verfassungsrang. Diesen müssen wir ernst nehmen und nachhaltig mit Leben füllen. Als

Abgeordnete ist es unsere Aufgabe, die Kultur zu unterstützen, denn sie ist eine unverzichtbare Grundlage unserer Gesellschaft. Wir brauchen daher nicht weniger Förderung für die freie Kultur, sondern im Gegenteil: Ich fordere Sie alle dazu auf, sich für Kunst und Kultur einzusetzen, wo immer es Ihnen möglich ist. Kunstfreiheit geht uns alle an. Ohne die Freiheit der Kunst verlieren wir letzten Endes unsere Demokratie.

Kommen wir zu den Maßnahmen, die Sie im Entschließungsantrag vorfinden. Die Fraktionen der SPD und der CDU legen hier eine Reihe von kulturpolitischen Maßnahmen für unser Land fest. Das ganze Paket gibt der Landesregierung einiges an Hausaufgaben auf. Dies ist auch zwingend nötig, denn Niedersachsen als großes Flächenland hat eine große Vielzahl und eine immense Vielfalt an kulturellen Akteurinnen und Akteure vorzuweisen – darauf können wir stolz sein. Wir als Politikerinnen und Politiker können uns am besten bedanken, indem wir gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit schaffen und sie unterstützen.

Das Land muss die Förderverfahren für kleine und ehrenamtliche Kultureinrichtungen vereinfachen – hier wollen wir eine Entbürokratisierung durch eine Verbesserung der Zielvereinbarungen erreichen. Zudem sollen in Abstimmung mit den Kulturschaffenden Investitionsprogramme für diese Häuser weiterentwickelt werden, um besser auf ihre Bedarfe eingehen zu können. Außerdem muss die Förderung für die Mitgliedsverbände im Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände unbedingt verstetigt sowie eine Ausweitung der Spielstätten- und Konzeptionsförderung der Amateur- und freien Theater für die Theaterpädagogik realisiert werden.

Die Landschaften und Landschaftsverbände wollen wir stärker gefördert wissen – sie transportieren und bewahren verantwortungsbewusst und sinnvoll das kulturelle Erbe der Regionen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass wir bessere Unterstützungsangebote für Plattdeutsch und Saterfriesisch benötigen. Selbst soll das Land in Zusammenarbeit mit den Landesmuseen und anderen Häusern mehr und große Landesausstellungen initiieren.

Zu den weiteren Bestrebungen der Fraktionen von SPD und CDU gehören weiter umzusetzende Maßnahmen im Bereich der Musik: Das Programm „Wir machen die Musik“ soll ausgebaut und die Finanzmittel verstetigt werden. Denn „Wir machen die Musik“ ist das wichtigste Programm für die musikalische Früherziehung, es fördert gesellschaftliche Integration und Inklusion. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung dazu auf, die Laienmusik in den Vereinen und Verbänden stärker zu unterstützen sowie die Förderung von Musikfestivals zu verbessern.

Was besonders wichtig ist: Wir wollen eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Aktive in der Kulturlandschaft. Dazu gehören Netzwerkstrukturen und passgenaue Beratungsangebote, bei deren Etablierung das Land unterstützen soll.

Die Maßnahmen, welche wir beschließen wollen, sind wichtig und notwendig. Um die Kultur bestmöglich zu fördern, brauchen wir nun langfristig angelegte Konzepte, die gesetzlich festgeschrieben werden müssen. Wir sollten uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier daher Gedanken darüber machen, wie die Kulturförderpolitik stärker konzeptionell, strategisch und zielorientiert werden kann – Kulturschaffende brauchen eine vom politischen Tagesgeschäft unabhängige Struktur, die langfristig wirken kann. Als kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion freue ich mich auf die Diskussionen zu diesem Antrag und über die Zukunft der Kulturförderungspolitik.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.